

THÜRINGER LANDESAMT

FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ



Nachrichtendienst 11/98

Donnerstag, 5. November.

Ein Kindesentführer wird von der Polizei gefaßt. Pressekommentare, ob und welche Kontakte er zu Rechtsextremisten unterhielt.

Mona Lisa im Amt, um über rechtsextremistische Frauen zu drehen. Es wird wie üblich ein halber Satz, der dabei herauskommt; in diesem Fall nicht schlimm, weil der Beitrag insgesamt informativ und objektiv ist.



Samstag, 7. November.

Frank Spieth gehört, wie er auf der Abschlußkundgebung der Demo des „8. Antifaschistischen / Antiraschistischen Ratschlags“ in Erfurt sagt, zu den Lesern des *Nachrichtendienstes*. Daß er allerdings das Amt als auf dem rechten Auge blind bezeichnet, muß auf einer Wahrnehmungsstörung (Blindheit?) beruhen.

P.S.: Der DGB wird durch das TLV nicht beobachtet; gegenteilige Mutmaßungen sind sinnlos.



Montag, 9. November.

Zeitaufwendige Besprechung zum Beurteilungswesen. Ergebnis: Niemand will das so, aber jeder macht es.



Dienstag, 10. November.

Beschwerde von Geheimschützern, daß deren Tagung vom Vormonat im *Nachrichtendienst* 10/98 keine Erwähnung gefunden hat. Kein böser Wille, einfach vergessen und jetzt nachgeholt, o. k.?



Mittwoch, 11. November.

Klausurtagung der Ausländerextremisten des Amtes. Die PKK bleibt Schwerpunkt; die Erkenntnisse bleiben heikel.



Donnerstag, 12. November.

Klausur der Linksextremisten des Amtes. Wieder werden örtliche Schwerpunkte und Besonderheiten der autonomen Szene offenbar.

Der Monat im Amt

Samstag, 14. November.

Eine bundesdeutsche Anwaltsvereinigung wird zum Rechts-
extremismus in den neuen Ländern informiert.



Montag, 16. November.

Professor *Rupieper* von der Uni Halle trägt zum Feindobjekt
Spinne vor. Dahinter verbirgt sich die niedersächsische Landes-
zentrale für politische Bildung als Ausspähungs- und
Beeinflussungsziel des MfS. Grundannahme des MfS: die Be-
hörde sei vom BND gesteuert. In unseren Ohren muß so et-
was lächerlich klingen - armer Genosse *Woff*.



Donnerstag, 19. November.

Zeitgleich mit der Innenministerkonferenz beraten die Amts-
leiter: PDS - alles beim alten, d. h., die einen tun's, die andern
nicht.



Donnerstag, 26. November.

Besuch der Datenschutzbeauftragten *Silvia Liebaug*. Debatte
über die Frage, ob der Flüchtlingsrat Thüringen e. V. im März
als Anmelder einer Autonomendemo hätte genannt werden
dürfen. Das wird bejaht; zugleich machen wir klar, daß es uns
nicht auf den Verein ankommt, sondern auf die Autonomen
auf der Straße. Wir selbst regen an, dies klarzustellen, was
hiermit geschehen ist.

Im übrigen wundern wir uns darüber, daß ein für uns anony-
mer Petent (obschon nicht betroffen?) sich zum Anwalt von
Daten Dritter machen kann.



Freitag, 27. November.

Auch die Landeszentrale für politische Bildung liest den *Nach-*
richtendienst; sie allerdings gehört zu den rechtmäßigen Emp-
fängern. Wir berichteten über die „Buchlesung im Jenaer Volks-
haus“ und bezeichneten die Veranstaltung selbst als
„störungsfrei“; Anmerkung der Landeszentrale: 15 anwesen-
de Jugendliche störten den Vortrag durch fortwährendes Ki-
chern. Diese Ergänzung wollen wir auch den übrigen Lesern
nicht vorenthalten.



Samstag, 28. November.

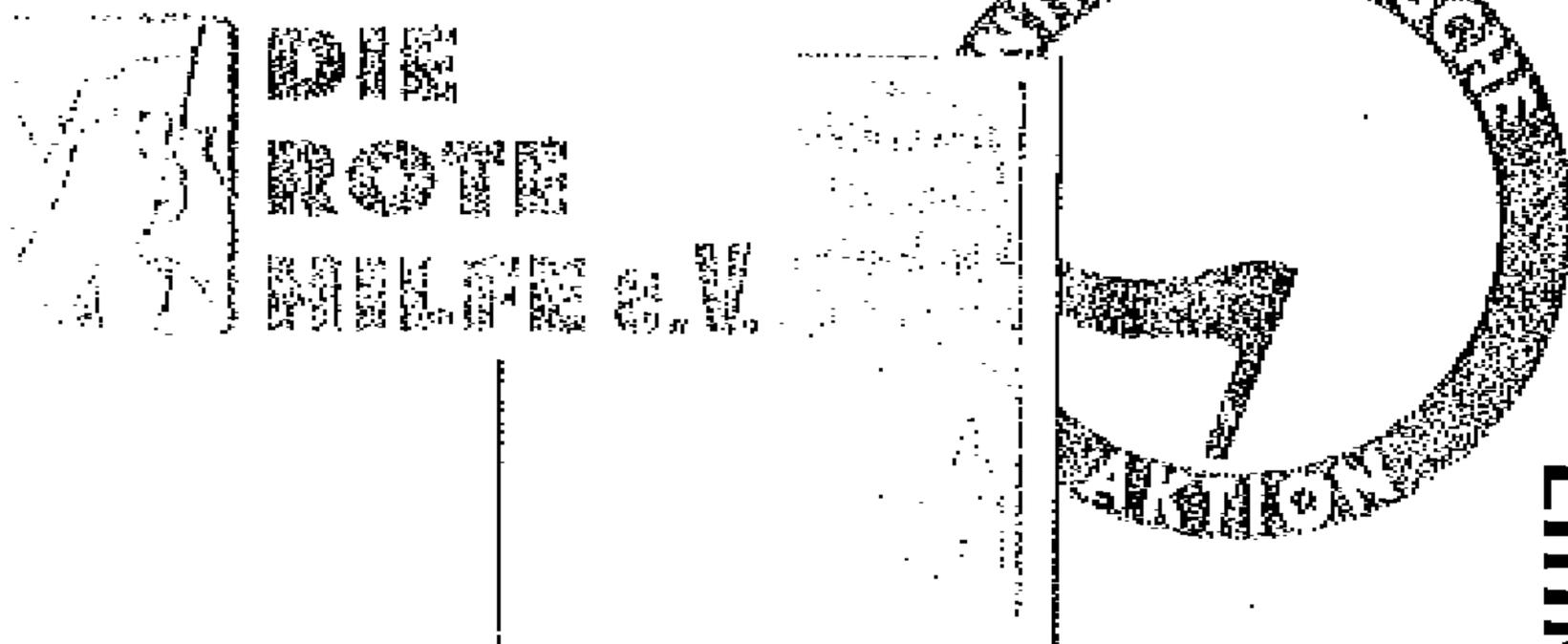
Ein Skinkonzert findet, wie von uns prognostiziert, nicht statt.

Extremistische Losungen während des 8. „Ratschlags“ am 7. November in Erfurt

Am 7. November fand in Erfurt der 8. Antifaschistische/Antirassistische Ratschlag - anlässlich der Reichskristallnacht am 9. November 1938 - statt. Vor dem Demonstrationzug zum Gewerkschaftshaus trafen sich die Teilnehmer auf dem Erfurter Hauptbahnhof. In seiner Eröffnungsrede bemängelte Peter Gingold, Bundessprecher der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA) und DKP-Funktionär aus Hessen, eine mangelnde Entnazifizierung in der Bundesrepublik. - Bei dem VVN-BdA handelt es sich um eine bundesweit etwa 7.000 Mitglieder starke Organisation unterschiedlicher linker und linksextremistischer Kräfte, wobei der traditionell-kommunistisch ausgerichtete Flügel überwiegt; nach wie vor sind hier aktive und ehemalige Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) tonangebend.

Während des Demonstrationzuges waren Losungen zu hören wie „Hoch die internationale Solidarität“ und „Feuer und Flamme den Ausländerbehörden“. Der Zug endete mit der Rede eines führenden Gewerkschaftsfunktionärs.

Der „Antifaschistische/Antirassistische Ratschlag“ selbst bot neben einem einführenden Referat verschiedene Foren zu den Themen Extreme Rechte, Burschenschaften, innere Sicherheit und Asylpolitik. Der „Ratschlag“ endete mit einem Streitgespräch zum staatlichen Gewaltmonopol.



Am Rande der Veranstaltung wurden auch Publikationen der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDA), Jugendorganisation der DKP), der Roten Hilfe e. V. und der militanten Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO, ein Zusammenschluß aus dem autonomen Spektrum) verteilt.